

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ercheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Verkauftungen
franko gegen franko.
Gemeinnützige Briefe
(nach der Schweiz) kosten
Doppelporto.

№ 13.

Bestellungen an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

25. März 1887.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnissnahme.

Seit Neujahr 1887 und von da an laufend müssen sämtliche Briefabonnements baar vorausbezahlt werden.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht mehr statt.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnenten werden mit Nr. 14 gesperrt.

Erfahrung für Versandverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamation.

Sämtliche Besteller wollen dies künftighin ein für allemal festhalten.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind Briefabonnements unzulässig.

Abonnements für die Schweiz

erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalsbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland

sperrten wir mit Quartalsablauf, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Expedition des Sozialdemokrat.

Wahlfonds-Quittung.

Zum Widerstand bis zum „letzten Mann und letzten Groschen“ weiter erhalten:

S. S. Schmid. (Fr. 2 —) R. 1 60. H. R. u. W. M. Preussler 2 70. London (P. Stg. 3 15) 75 60 u. Mitgliedern des C. R. B. S. und andern Genossen. Arb.-Verein Proletariat Dabos (Fr. 7 —) 5 60. Stand. Anst. Leser u. Verein Paris (18 —) 14 40. Dörger (2 20) 1 76 von dortigen Gen. durch Bglr. gesammelt.

In Nr. 11 quittiert: R. 31,122 70.

Dritte Sendung aus Amerika von der sozialistischen Arbeiterpartei (Fr. 10,000) 8,000 —
Oben (bis zum 25. März) quittiert „ 101 66.

Insgesamt: R. 39,224 36.

Die Administration des „Sozialdemokrat“.

Des Uebermächtigen Ohnmacht.

Als der Kaiser von der Gefahr vernommen, in der er geschwebt, brach er in lautes Schluchzen aus — so heißt es in den Berichten über das verunglückte Attentat auf Alexander den Dritten, den Selbstbeherrscher aller Reußen. Empfindsame Seelen könnten über die Thränen einer so hohen Persönlichkeit selbst bis zu Thränen gerührt werden, namentlich gilt dies für Deutschland, wo man für gekrönte Häupter ganz besonders schwärmt. Und in der That hat die Sache einen dramatischen Anstrich. In demselben Augenblick, da der Petersburger Despot durch seine Soldschreiber der Welt hochmüthig verkündete, er halte die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand, und es koste ihm eben so wenig, einen Weltkrieg zu entfachen, wie etwa den ersten besten seiner Unterthanen hängen zu lassen, dessen Nase ihm nicht gefällt, fehlte nur wenig, und er lag wimmernd am Boden, wie sechs Jahre zuvor sein Vater, der „Held“ von Plewna.

Wie wir über das Attentat denken?

Nun, wie Jeder denken muß, der auch nur einen Funken von Rechtsgefühl und demokratischem Geist besitzt. Wir könnten uns z. B. kaum schärfer ausdrücken, als es ein demokratisches Schweizerblatt, der „St. Galler Stadtanzeiger“ gethan. Das von dem ehemaligen Pfarrer Wirth trefflich redigirte Blatt schreibt:

„Wenn in Rußland eine Zeitung etwas berichtet, das den Herren an der Rewa nicht angenehm in die Ohren klingt, so wird dem Herrn Redaktor der Brodloib entzogen und ihm dafür ein Quantum Knuten verabfolgt. Hat einer sich das Verbieten zu Schulden kommen lassen, ein Pole, ein Lutheraner oder ein Jude zu sein, so verlangt es die Sicherheit des Staates, daß man ihn unter polizeiliche Kontrolle stelle und ausschungere. Hat aber in Bulgarien ein Offizier schmählich seinen Eid gebrochen, hat er die Waffen gegen sein eigenes Vaterland erhoben, ist er zum ehrlosen Verräther und Gallunke geworden, dann verlangt die russische Moral, daß

er mit Ehren ausgezeichnet und ein Ausbund von Tugend genannt werde.

Als der edle (? Red.) Fürst Alexander von treulosen Soldaten gefangen genommen und den Russen ausgeliefert wurde, erhielten die prima Hallunken Ordensbänder und russische Goldrubel. Die Gerechtigkeit verlangt, daß wir beifügen, es habe auch Herr Fürst Bismarck der bulgarischen Regierung empfohlen, das Leben der kostbaren Fürstenverräther zu schonen. Um des Friedens willen und dem moskowitzischen Tyrannen zuliebe natürlich!

Als letzte Tage die Garnison von Kustschuk den Treueid brach und sich gegen die rechtmäßige Landesregierung empörte, da legte der Russe sich in's Mittel und verlangte, daß den meinelidigen Schurken kein Haar gekrümmt werde. Diefelbe Regierung, welche ohne Untersuchung und Urtheil Tausende und Tausende ihrer eigenen Unterthanen in die sibirischen Bergwerke schickt, jammert über Gewalt und Grausamkeit, wenn andernorts ehrlose Schufte den verdienten Strick empfangen sollen. Indes hat sich die bulgarische Regierung diesmal nicht einschüchtern lassen, und ein Rubel meinelidiger Offiziere und Soldaten zum Tode durch Füsilliren begnadigt. Recht so! Wenn den Großen dieser Erde alle Begriffe über Recht und Moral abhanden gekommen sind, wenn schamlose Heuchelei das Szepter führt und der Meinelid als Tugend proklamirt wird, so muß es jeden Ehrenmann freuen, wenn die Kleinen noch etwas vom Kathedismus wissen und Schurken wie Schurken behandeln.“

Wir wissen uns von jeder blutdürstigen Anwendung frei, aber ebenso haben wir auch nicht das geringste Mitgefühl mit dem Todfeinde der Freiheit der Völker Europas. Unser ganzes Mitleid, unsere vollste Sympathie gilt den kühnen Männern, welche ihr Leben freiwillig preisgegeben, um ihr Vaterland und zugleich Europa von diesem, vom Jäzarenwahnsinn beherrschten Despoten zu befreien, und die vielleicht — oder leider wahrscheinlich — in diesem Augenblicke in dem zarischen Kerker Mißhandlungen erdulden, wie sie eben nur die raffinierte Phantastie von Halbasiaten erfinden kann. Hätten die Bomben ihren Zweck erfüllt, das Jarenthum wäre nur mit seinen eigenen Waffen geschlagen worden.

Und im Gegensatz zu anderen freien Ländern wird in Rußland mit dem Träger des Jarenthums auch das ganze System getroffen. Es ist die logische Konsequenz des autokratischen Systems, als dessen fanatischer Erhalter grade Alexander III. sich bisher gezeigt hat, daß jeder ernsthafteste Angriff auf das System sich naturnothwendig gegen die Person des Autokraten richtet, und wer die angenehmen Seiten desselben — die süße Gemohnheit des Herrschens — genießen will, hat sich nicht zu beklagen, wenn er eines Tages auch die Rückseite zu kosten bekommt. Auf der höchsten Stufe schlägt die Macht in ihr absolutes Gegentheil um, wird sie zur größten Ohnmacht. Die römischen Jäzaren gehorchten slavisch ihren Prätorianern, die Sultane zittern vor ihren Leibgarden, und der selbstherrliche Zar, der Beherrscher von 90 Millionen Menschen, ist das willenlose Werkzeug der Panflavisten und der zitternde Gefangene der Nihilisten.

Und insofern es darauf ankam, dies den Völkern Europas aufs Neue zu zeigen, dem zarischen Rußland den Nimbus der Allgewalt herunterzureißen, hat das Attentat vom 13. März seinen Zweck erfüllt, haben die Attentäter sich um den Frieden Europas wohl verdient gemacht.

Ihr Auftreten hat aufs Neue gezeigt, wie hohl es doch um die Herrlichkeit des sich so prozig nach Außen geberdenden Jarenthums bestellt ist, und so ihm sein friedensstörendes Handwerk für einige Zeit gelegt. Denn alle Prahlereien des Panflavisten Katkow helfen nichts, kein Mensch läßt sich durch die Aufschneiderien über Rußlands Kriegstärke und Kriegsbereitschaft mehr täuschen, und davon, daß Rußland der Welt Befehle diktiren werde, wie Väterchen sich eingebildet haben mag und wie seine Trabanten bereits ausposaunten, wird es für eine ganze Weile stille sein. Hoffentlich für immer.

Rußland steht nicht nur politisch, Rußland steht vor allen Dingen finanziell und ökonomisch vor dem Bankrott. Rußland arbeitet, wie jeder Kenner der Verhältnisse und wie vor Allem die Börse weiß, mit einem wachsenden Defizit, das für das abgelaufene Jahr allein auf 90—100 Millionen Rubel (nach dem gegenwärtigen Kurs 160—180 Millionen Mark) veranschlagt wird. Während in den ersten fünf Monaten des Jahres 1885 Einnahmen und Ausgaben für den russischen Reichsschatz mit einem Defizit von über 12 Millionen Rubel bilanzirten, betrug das Defizit für den gleichen Zeitraum des Jahres 1886 schon über 50 Millionen Rubel. Und die Verhältnisse haben sich seitdem noch immer mehr verschlechtert. Die Verzinsung der Staatsschuld erforderte 1875 107 Millionen Rubel, 1884 210 Millionen, also nahezu das Doppelte, und wächst von Tag zu Tag. Dementsprechend sinkt der Kurs der russischen Valuta. Im Jahre 1885 hatte Rußland über 50 Millionen Rubel an Kuroverlust für seine auswärtigen Metallanleihen zu zahlen, und jetzt ist der Rubel glücklich auf den Kurs von 1 Mk. 80 Pf. angelangt, während sein nomineller Werth 3 Mk. 20 Pf. beträgt. Dies die finanzielle Seite der Frage. Und wie steht es mit

ihrer ökonomischen Grundlage? Das Reichsbudget gibt uns darüber Auskunft.

Der Bericht des Reichskontroleurs für den Staatshaushalt von 1885 — lesen wir in einem sachmännischen Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ — gibt allein für Einnahmeausfälle von 22 Rubeln 47,400,000 Rubel, die Steuererlöse um 15 Millionen hinter dem Boranschlag zurückgeblieben, die Einnahme aus den Einfuhrzöllen um 11 1/2 Mill., das Erträgniß der Grund- und Forststeuer um 8 1/2 Mill., der Eingang aus den Bauern-Postkaufzahlungen um 3,1 Mill. Hinzu kommt der Zölle, die nur 75 Mill. ergaben, kann der Bericht nicht umhin einzusetzen, daß die seit 1879 stattgehabten Zollreduktionen in finanzieller Beziehung den Erwartungen in keiner Weise entsprochen haben. Statt der veranschlagten Mehrerinnahme von 30 Mill. betrug der Zuwachs nur 2 Mill., seit 1879 ist die Einnahme von 562,097,000 Mill. allmählig auf 335,697,000 Rubel gesunken, die Ausgabe von 613,530,000 auf 504,784,000 Rubel, trotz der hohen Prämien, welche die Regierung bei der Ausfuhr von Zucker und Spiritus zahlt und wodurch die Finanzen eine Einbuße erleiden, die für Zucker allein über 10 Mill. Rubel beträgt. Der Ausfall der Ausfuhr kommt wesentlich auf Getreide, für das Ausland früher der Hauptmarkt war, während das russische Korn jetzt immer mehr durch die Zufuhr aus den Vereinigten Staaten und Indien zurückgedrängt wird. Im November 1885 wurden in England noch 1,415,478 Ztr. russischer Weizen eingeführt, im November 1886 nur 352,320 Ztr., in den elf Monaten des ersten Jahres 10,889,479 Ztr., in denen des letzteren 3,818,325 Ztr. Dagegen gingen von Indien bis 1. Dezember 1886: 10,278,653 Ztr. und von andern überseeischen Häfen 12,079,291 Ztr. ein. Der Durchschnittspreis für besten Weizen war in St. Petersburg und Odessa 1883: 12,50 Mill. pro Doppelkoffer, 1886: 9,90 Mill.; wenn aber die Bauern und Gutbesitzer ihren Weizen schlecht verkaufen, sind sie nicht im Stande, ihre Postkaufgelder und Steuern zu bezahlen. Die Eisenbahnfracht befindet sich gleichfalls in sehr gedrückter Lage: obwohl auf ihr Andringen der Zoll kürzlich um 25 Prozent erhöht ist, kann englischer Eisen billiger in Rußland geliefert werden als einheimischer. Andere lebensfähige Kulturen dagegen werden vernachlässigt, Rußland erzeugt jährlich ungefähr für 300 Mill. Rubel baumwollene Stoffe, welche lediglich im Reich selbst verbraucht werden; es hat für die Baumwolle in Kasachus und in Centralasien den günstigsten Boden, führt aber gleichwohl für 112 Mill. Rubel fremde Baumwolle ein. Der neue Finanzminister beabsichtigt, eine Reihe von Privatbahnen zu verstaatlichen, weil er die Mißbräuche der Verwaltung kennt, für die der Staat durch seine Zinsgarantie einzutreten muß; aber eine solche Operation erfordert Zeit und Kredit. Wie er, hieson abgesehen, helfen soll, die Einnahmen zu steigern, ist schwer zu sagen; die Branntweinsteuer, welche deren Hauptposten mit 224 Mill. Rubel liefert, kann nicht mehr erhöht werden, da der Ertrag schon jetzt zurückgeht.“

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, warum die Panflavisten auf einen auswärtigen Krieg losarbeiten: er liefert den besten Vorwand, die Verzinsung der ausländischen Schuld zu stilliren. Wenn es nur mit der Armee nicht auch so — russisch bestellt wäre! Die riesigen Zahlen über die russische Wehrkraft, mit denen man dem Ausland gegenüber reuonmirt, und mit denen im letzten Wahlkampf die Bismärker wider besseres Wissen den deutschen Spießbürger graulich machten, existiren zum großen Theil nur auf dem Papier, das Transportwesen ist trotz der Eisenbahnen schlecht organisiert, desgleichen die Bewaffnung, Ausrüstung und Verpflegung.

„Eine Menge der eingestellten Rekruten“, heißt es in dem vorerwähnten Artikel, „wissen nichts von dem richtigen Gebrauch der Präzisionsgewehre, welche in ihren Händen sind, die Mannschaften werden unter dem schlechten System von Lieferanten, die mit der Intendantur unter einer Decke spielen, elend genährt und gekleidet, die Offiziere schlecht bezahlt, die Disziplin ist vollständig gelockert, fünf aufeinanderfolgende Klafse des jetzigen Kaisers haben es noch nicht durchsetzen können, daß die Offiziere wenigstens ihre Vorgesetzten auferdienstlich grüßen.“

Im Frieden kann man derartige Dinge vertuschen, was sie im Kriege bedeuten, hat der russisch-türkische Krieg gezeigt, wo das große Jarentum das kleine Rumänien auf den Knien an Hilfstruppen gegen den „kranken Mann“ ansieht. Selbst Oesterreich gegenüber sind die Kriegsausichten Rußlands mehr wie zweifelhaft, selbst Oesterreich würde sein Heer wahrscheinlich schneller mobilisiren als Rußland. Daher denn auch der russische Bär den bulgarischen Honig bisher so großmüthig verschmäht hat.

Rußland wünscht den Krieg, aber nicht auf eignes Risiko. So zettelt und hegt es denn überall, ermuntert es bei jeder Gelegenheit die Franzosen, so stacheln die Katkow und Konsorten den nationalen Chauvinismus an, um die Unzufriedenheit des Volkes von den inneren Verhältnissen auf das Ausland abzuwenden, so suchen sie durch ihr Kriegsgeheul die Stimmen der Unzufriedenen zu überdönen, und das Ausland über das Vorhandensein dieser Unzufriedenheit im Lande hinwegzutäuschen.

Diesem nichtwürdigen Treiben hat das Attentat, wenn es auch in der Ausführung mißglückt ist, auf die nächste Zeit ein Ende gemacht. Der Versuch, es todzuschweigen, ist kläglich mißglückt, in seiner stupiden Brutalität hat das Jarentum durch Massenverhaftungen den schlagendsten Beweis geführt, wie groß seine Angst ist, wie sehr es sich in seiner Existenz bedroht fühlt, hat es gezeigt, wie wenig der Zar seinem eigenen Volk traut, wie wenig er selbst daran glaubt, daß der „Nihilismus“, d. h. die thatkräftige Opposition gegen den Autokratismus, todt ist. Er ist nicht todt und er wird nicht sterben, mögen die Schergen des Jaren noch so bestialisch wüthen, noch so sehr ihren Mordgelüsten freien Lauf lassen. Sie selbst sind es, die immer wieder auf's Neue die Saat

ausstreuen, der die entschlossenen Streiter wider ihre Schand-
wirthschaft entsprengen.

So steht der gewaltige Koloss ohnmächtig da, unfähig, sich
zu rühren, erfüllt er bloß eine Aufgabe, die freilich die Entwick-
lung der Völker so viel als möglich aufzuhalten. So bietet
der allmächtige Jar, der Alleinherrscher über 90 Millionen
Menschen, ein Bild des Jammers dar, das Mitleid erwecken
könnte, wenn grenzenloser Hochmuth und Jähzorn, wenn wilde
Grausamkeit nicht den Absehn herausforderten.

Euch aber, die ihr im Ringen mit dem gewaltigen Unge-
heuer Euer Leben so müthig preisgabt, euch schlagen die Herzen
aller Freiheitsliebenden beider Welten begeistert entgegen. Euch
werden unsere Sympathien begleiten, bis Euer Ziel erreicht,
bis der Despotismus des Jarenthums gebrochen ist, und über
die Trümmer des autokratischen Systems hinweg auch Ruß-
land eintritt in die Reihe der modernen Kulturnationen.

Eine Frage.

Die „Leipziger Zeitung“ — wir bitten die Leser um Ver-
zeihung, daß wir uns noch einmal mit ihr beschäftigen — zieht aus
unserem Satz, daß wir auf parlamentarischen Weg nicht zum Ziele
gelangen können, den Schluß: „folglich sind die Sozialdemokraten für
den gewaltigen Weg.“

Nun, daß dies ein Fehlschluß ist, haben wir der Leipziger Zeitung“
schon gesagt, und sie gleichfalls gebeten, unseren Artikel, in welchem
jener Satz vorkommt, zu lesen. Heute wollen wir nur eine Gegenfrage
stellen.

Wenn die „Leipziger Zeitung“ wirklich glaubt, daß es außer dem
parlamentarischen Weg nur den „gewaltigen“ gibt —
das heißt, um es ganz scharf zu präzisieren: die vorbereitete „blutige“
Revolution — und wenn die „Leipziger Zeitung“ wirklich, wie sie
sich den Anschein gibt, den „gewaltigen Weg“ verabsieht und darin
ein Unglück für die innere Entwicklung Deutschlands erblickt, warum
bietet die „Leipziger Zeitung“, und warum bieten
ihre Probedeher und deren Kompilanten und Handlan-
ger denn alles Mögliche und Unmögliche auf, um
unsre Partei von der parlamentarischen Thätigkeit
auszuschließen?

Daß wir den Weg gesetzlicher, sozusagen parlamentarischer Agitation zu
schätzen wissen, das haben wir seit jetzt vollen 20 Jahren durch die That
bewiesen. Und wenn die Möglichkeit geboten wäre, den Sozialis-
mus auf dem parlamentarischen Weg zu verwirklichen, würden wir sicher-
lich mit allen zehn Fingern darnach greifen.

Woher ist denn jetzt diese Möglichkeit geboten?
Diese Möglichkeit wäre geboten und wäre einzig und allein
geboten durch die Garantie absoluter Freiheit der
Wahl.

Hätten wir absolute Freiheit der Wahl, mit anderen Worten: wäre
das allgemeine Stimmrecht eine Wahrheit, und könnte es voll und
ungehindert zur Geltung kommen, so könnte — wir stehen nicht an,
dies rückhaltlos auszusprechen — der Gedanke an den sogenannten ge-
waltigen Weg nur in dem Hirn eines Tollhänlers oder eines Ver-
brechters entstehen.

Aber haben wir denn jetzt Freiheit der Wahl?

Nur im Schein oder aus Hohn kann die Frage bejaht werden. Selbst
Herr Stöcker, auf seinen Eid oder richtiger Meinetz bezogen, würde sich
zweimal befinden, ehe er ein söderisches Ja herausbrächte. Von den
unerlässlichen Bedingungen einer freien Wahl sind nicht weniger als
alle jezt unerfüllt. Wir haben keine Pressefreiheit und wir
haben kein freies Versammlungsgesetz. Durch ein schand-
bares Ausnahmengesetz ist unsere Partei an Händen und Füßen gebun-
den, und gegen uns ist Alles erlaubt. Alle Freiheiten und alle Rechte
nur für unsere Feinde, nur für die Feinde des Volkes. Unsere Presse
verfügt und das Wischen Versammlungsgesetz, welches man uns hier und da
während der Wahlzeit zum Schein gewährt hat, noch weggegaunert durch
die zu einem System, ja zur Staatseinrichtung erprobte
Praxis unserer Feinde, die Bestörer von Sälen oder sonstigen, zur Auf-
nahme größerer Volksmengen geeigneten Lokalitäten berart zu be-
schaffen, daß die Oppositionsparteien, namentlich die Sozialdemokraten,
gar keine Versammlung abhalten können.

Und wie sieht's endlich mit dem Wahlgeheimnis aus, diesem
Grund- und Eckstein der Wahlfreiheit, ohne den bei der politischen
und wirtschaftlichen Abhängigkeit, in welcher neunundneunzig Hundertstel
der Menschen heute leben, eine freie Wahl überhaupt nicht denkbar ist.
Nun — die Wahlprüfungskommission des Reichstags
kann die Antwort geben.

In allen Wahlkreisen, wo scharfgeschiedene Parteien einander gegenüber-
stehen und die Klaffengegenstände scharf zugehört sind, finden wir die
Partei der Besitzenden und Nachhaber bemüht, durch tausendfältige Anisse
und Manipulationen das von der Reichsregierung proklamirte Geheimnis
der Stimmabgabe illusorisch zu machen. Und Dank der Jämlichkeit
und Lächerlichkeit des Reichswahlgesetzes sind diese Bemühungen auch
mit so gutem und gründlichen Erfolge gekrönt worden, daß der
thatsächliche Zustand wesentlich kein anderer sein
könnte, wenn das Reichswahlgesetz die öffentliche,
Ratt der geheimen Stimmabgabe forderte. Insbesondere
nach den Erfahrungen der soeben verhaltenen Reichstagswahl müßte Putt-
kammer ein vollkommener Idiot sein, wollte er noch durch eigenes Gesetz
die Oeffentlichkeit der Wahl einführen. Sie ist eingeführt; und die
paar Anstandsfragen, welche von den zwei letzten Reichstagen erachtet
wurden, erklären nicht für die jetzige Kameluckenmehrheit, die mit diesen
letzten Resten parlamentarischer Scham bald aufgelockert haben wird.

Also die Voraussetzungen einer normalen parla-
mentarischen Entwicklung sind in Deutschland nicht
vorhanden. Wind, Sonne und Wasser sind für unsere Todfeinde; wir
haben Wind und Sonne im Gesicht, und unsere Waffen sind uns ge-
raubt worden. Und einen unter solchen Bedingungen
geführten Kampf sollten wir über unser Schicksal
entscheiden lassen? Da müßten wir ja verrückt
sein!

Und nun wiederholen wir unsere Frage:
Wenn das Volk der „Leipziger Zeitung“ will, daß die Sozialdemo-
kratie den parlamentarischen Weg wandle, warum hat es ihr
diesen Weg abgeschnitten?

Und an diese Frage fügen wir zum Schluß noch die andere an:
Hält das Volk der „Leipziger Zeitung“ die Sozialdemokraten für
verrückt? Ja oder nein?

In ersterem Falle würde natürlich alles Argumentiren aufhören und
müßten wir es uns gefallen lassen, mit dem Rasthabe der „Leipziger
Zeitung“ gemessen zu werden. Im andern Falle aber müßten wir die
„Leipziger Zeitung“ doch bitten, uns mit Argumenten und Behauptungen
zu verschonen, die wohl für reichstreu-patriotisches Stimmvieh am Platz
sein mögen, allein für Menschen im Besitze ihrer fünf Sinne sich nicht
eignen, und höchstens als Gradmesser der Bildung und des geistigen
Vermögens ihrer Urheber eine gewisse Bedeutung beanspruchen können.

Wie es bei der Wahl in Freiburg zugeht.

Ein Kulturbild aus dem letzten Viertel
des 19. Jahrhunderts.

Wohl nirgends im ganzen deutschen Reich der Gottesfurcht und
frommen Sittlichkeit ist in Bezug auf Wahlüberlegen Stärkeres geleistet
worden als im s. Wahlkreis des „liberalen Vaterlandes“ Baden.
Der Hauptort dieses Wahlkreises ist das schongelegene Freiburg im
Breisgau, zwar Universitätsstadt, aber alles Andere eher als eine „freie

Burg der Geister.“ Der engerste Raftengeist beherrscht das Bürger-
thum dieser Stadt, und nicht zum Geringsten grade die „akademischen“
Elemente desselben.

In Freiburg war es, wo ein Schurke von Staatsanwalt, der
berühmte Straßer von Berg, den russischen Freiheitmann Buh-
ggin-Deutsch, der jetzt in den sibirischen Bergwerken
hingemordet wird, der Denkreuegung des Jaren in die Hände spielen
durfte, ohne von der Bürgerchaft mit Schimpf und Schande gemieden
zu werden. In Freiburg war es auch, wo bei der letzten Wahl in
Stadt und Umgebung ein Terrorismus gegenüber unseren
Genossen ausgeübt wurde, wie er höchstens noch im Land der Krute
seinesgleichen findet.

Obwohl sich eine detaillierte Schilderung des mehr wie schamlosen
Vorgehens der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, die sich nicht als
Hüter des Rechts und des Gesetzes, sondern als bloße Agenten der
Kausdeuterpartei getrieben, wirklich der Mühe lohnte — schon um
der Gesellschaft zu zeigen, daß es noch eine Instanz gibt, bei der ihre
Macht sie im Stiche läßt, wollen wir doch mit Rücksicht auf den knappen
Raum des „Sozialdemokrat“ heute darauf verzichten, und lassen daher
im Nachstehenden nur eine summarische Zusammenstellung der
hauptsächlichsten, von dem Ordnungsbüro der Hauptstadt des
Breisgaus begangenen Verbrechen gegen Recht und Gesetz folgen.

In Freiburg hatten unsere Genossen einen Arbeiter-Wahl-
verein gegründet, um, wie es in seinen Statuten heißt, „zur
Zeit der Wahlen auf dem gesetzlichen Wege den Interessen der
Arbeiterchaft Geltung zu verschaffen.“ Dieser Verein, der dem Befinden
schon deshalb ein Dorn im Auge war, weil er die Arbeiter über ihre
politischen Rechte aufklärte, mußte zuerst aus dem Wege ge-
räumt, seine Leiter, deren Intelligenz und Umsicht man fürchtete, mußten
für die Dauer der Wahlzeit „unschädlich“ gemacht werden.

Die bequeme Handhabe dazu bot — wozu haben wir es sonst? —
das Schandgesetz.

Am 25. Januar wird mit einer Hausdurchsuchung bei dem Vor-
sitzenden des Wahlvereins, dem Schuhmacher Fr. Haug, und dem
Kassirer A. Kausch begonnen. Zu Haug wurde gleich ein Schlosser
mitgenommen, und auch richtig ein Koffer, der einem früher bei ihm
beschäftigten Arbeiter gehörte, aufgedröhen. Man fand nichts als
Eingelegete verbotener Broschüren u. Nichtsdestoweniger
wurden Tags darauf Haug und Kausch verhaftet und von da ab
von der Außenwelt geradezu abgesperrt. Niemand
erfährt, was sie verbrochen haben sollen. Am 7. Februar wird in
Fremden bei Freiburg eine Wahlversammlung unter Auf-
sicht von 3 Gensdarmen und 1 Polizei verboten; am 18. Fe-
bruar wird eine in den Kornhausaal in Freiburg einberufene Wähler-
versammlung von der Stadtdirektion verboten. Am 14. Februar
Rassenhause durchsuchung, man beschlagnahmt ein Wahlflugblatt. Abends
werden 12 Arbeiter verhaftet. Am 15. Februar wird der Arbeiter-
Wahlverein verboten. Sorwand: Die seitdem als grundlos
erwiesenen Beschuldigungen gegen Haug. Am 17. Februar wird die
von dem Kandidaten der Arbeiter, Ad. Sed in Offenburg, heraus-
gegebene Zeitung, der „Volksfreund“, nachdem bereits Nr. 11 und
12 desselben verboten worden waren — erstere wegen Abdrucks
des in vielen deutschen Blättern vorher unbeanstandet publizirten Wahl-
manifestes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — überhaupt
verboten. Am 19. Februar wird der ebenfalls von Sed heraus-
gegebene „Athenbote“ verboten; obwohl derselbe schon seit längerer
Zeit erscheint, wird er von der Hochblöthigen nämlich als Fortsetzung
des „Volksfreund“ betrachtet.

Außer den bereits erwähnten 14 Eingesperrten wurden noch weitere
vier Personen verhaftet, von denen aber drei bald auf freien Fuß
gesetzt wurden, weil man ihnen auch nicht einmal den Schein eines Ver-
gehens andichten konnte. Von ihnen nennen wir den Kandidaten A. d.
Sed, der am 22. Februar auf den Rath des Oberamtmann Rasina
in Offenburg nach Freiburg gereist war, um beim Landeskommissar
Hebling wegen Verbots seiner Zeitung persönlich Beschwerde zu füh-
ren. Ueber diese Verhaftungsaffäre wird uns speziel Folgendes mit-
getheilt:

„Gegen Sed wurde auf protokolirliche Meldung eines Freiburger
Kriminalkommissars Namens Dewier (D), welcher einen langen christ-
lichen Bericht erstattete, wegen „Verbreitung verbotener Schriften“ ein
Haftbefehl erlassen. In der ausführlichsten Weise schilderte der Diener
der Herrschaft einen Vorgang, der sich angeblich Samstag 19. Febr.
in der Restauration Rainbacher in Freiburg zugezogen habe. Dort sei
Sed im Rokaum eines Arbeiters mit einem Kofferball mit ver-
botenen Schriften eingetroffen, habe dieselben an die dort versammelten
Kultträger vertheilt und die schleunige Austheilung befohlen, da es ver-
botene Waare sei.“

So der Kriminalbericht. Sed war vom 2. bis 21. Februar Abends
nicht mehr in Freiburg. Am letztem Abend wurde er vor dem Hause
des Landeskommissars Hebling verhaftet und vom Montag bis
Freitag in Haft behalten, obgleich er sofort sein Alibi
geltend machte.

Seine Gesellschaft in der Zelle bestand aus zwei Verbrechern, die vord
Schwurgericht kommen.“

So viel über die unter dem Schein des Rechts vorgenommenen
Gewaltthaten. Diese genügten dem Ordnungspack aber noch
nicht. Die an Händen und Füßen geknebelte, ihrer eifrigsten Anhänger,
ihrer besten Kräfte beraubte Arbeiterpartei mußte auch noch direkt ver-
gewaltigt werden.

In Haslach wurden die zur Vertheilung gelangten Stimmzettel für
Sed von Gensdarmen hinterher eingesammelt, ebenso in Denslingen.
(Ein auf dem Lande leider sehr erfolgreicher Räuber.) In Waldkirch
wurden die Arbeiter von den Fabrikanten mit Entlassung bedroht, wenn
sie für Sed stimmten. In Emmendingen nahm der Polizeiwacht-
meister unserm Kultträger die Stimmzettel kurzerhand fort und bedeu-
tete ihm, er solle schleunigst zur Bahn zurückgehen, „damit ihm nichts
passire.“ In Bettingen wurden unsere Kultträger von vor-
tügen Ordnungsbüro in Scheußlicher Weise mißhandelt, mit Stöcken
zum Bürgermeister getrieben, und bedeutet, sie sollten froh sein,
daß es Tag sei, sonst kämen sie nicht mehr ganz aus
dem Ort hinaus. An andern Orten, so in St. Georgen, sorgte
die Polizei für Lokalsperre; in genanntem Orte ging der Polizei
zu allen Wirthen und verläudigte ihnen, sie dürften ihr Lokal den
Sozialisten nicht geben.

Das ist ein Bild, wie im konstitutionellen Lande Baden das
„freie Wahlrecht“ respektirt wurde. Wenn unter solchen Umständen die
in Freiburg noch so junge Partei am 21. Februar nicht nur keinen
Rückgang gegen früher erlitt, sondern noch einen kleinen Zunachs ver-
zeichnen konnte, so ist das ein wahrhaft überwältigender Beweis von der
Lebensfähigkeit unserer Sache. Eine Partei, die solche Gewaltthaten
ungehindert erträgt, ist in Wahrheit unüberwindlich. Wie läch-
lich aber muß es um eine Gesellschaft bestellt sein, die solcher Mitleid
bedarf, um sich aufrecht zu erhalten. Ein kräftiger Windstoß, und die
ganze Herrlichkeit bricht zusammen.

Sozialpolitische Rundschau.

3. März, 22. März 1887.

Ueber das Petersburger Attentat, dessen politische Bedeutung
wir im Leitartikel erörtert, entnehmen wir der Berliner „National-
Zeitung“ folgenden Bericht:

Petersburg, 15. März. Sonntag Mittags 1 Uhr wurde eine Todten-
messe in der Festungskathedrale für die kaiserliche Familie und die Hof-
chargen abgehalten. Nach dem Gottesdienst sollte der kaiserliche Zug in
die Remise Perspective durch die große Moskaja und den Wassergesell
Prospekt zum Warschauer Bahnhof und von da durch Spezialtrain nach
Gatschina gehen. Eine große Zahl von Geheimpolitikern bewegte sich in

den Straßen, das Wetter war so hell und klar mit scharfem Frost wie
an einem anderen schicksalsschweren Sonntag vor sechs Jahren. Wäh-
rend die Wajskäten in der Festungskathedrale waren, die der Hügel der
gestorbenen Rewa umgibt, waren einige Detektivs eines
Paar verdächtiger Studenten gefolgt, die früher aus der
Rechtsschule ausgewiesen worden waren und die auf der großen Moskaja
Schleuderten. Der Eine mit einem großen Buche unter dem
Arm, der Andere mit einer Art von Sack oder Schulbeutel
über der Schulter. Die Thatsache, daß sie einander wiederholt vorbe-
passirten, ohne miteinander zu sprechen, erhöhte den Verdacht ihrer Bew-
folger. In dem Augenblick, als sie miteinander sprachen, legte die Pol-
izei gleichzeitig die Hand auf beide Männer und brachte sie auf das
Polizeibureau. Nur wenige Personen fanden irgend etwas Auffallendes
an der Arretirung, und kein Interesse oder Reugierde ward in dem
Schaaren der Passanten erregt, da auch von den zwei Gefangenen aus
ihrem Wege zum Kasinofest kein Widerstand versucht wurde. Erst als
dem Polizeipräsidenten fand man, daß Buch und Sack Höllemaschinen
enthielten, fast genug, um selbst die nächsten Häusermauern in der
Moskaja einzutreiben. Ein dritter Mann wurde später arretirt, den
man für einen Ruschik (Landmann) aus Paltawa hielt. Später wurden
noch drei Männer eingezogen; alle verweigerten die Nennung ihrer
Namen und Stellungen. Die Polizei konnte indessen bereits ihre Woh-
nungen auf der sogenannten Petersburger oder Nordseite der Rewa.
Bei den dort gehaltenen Hausdurchsuchungen sollen noch mehr Höllemaschi-
nen gefunden worden sein. Die zwei hauptsächlichsten Scheinen zusammen ge-
wogen zu haben oder doch wenigstens sehr nahe zusammen. Unmittelbar
nach der Arretirung telephonirte die Polizei nach der Festung, und Ge-
neral Grefser, der Polizeipräsident, meldete alsbald dem Jaren des
Vorgang. Der Jar verbat, der Kaiserin ein Wort zu sagen und entließ
sich selbst, mit der Kaiserin darüber zu sprechen. Eine andere Route
wurde dann durch den kaiserlichen Zug nach der Station eingeschlagen.
Der Kaiser und der Thronfolger fuhrn zuerst in einem Schitteln, die
Kaiserin folgte im Wagen. Erst als der Zug nach Gatschina abgegangen
war, drach der Kaiser seiner Gemahlin gegenüber das Stillstehen,
die sich während der ganzen Fahrt auf das Beste davon ergriffen zeigten.
Wie der Kaiser selbst darüber denkt, weiß Niemand, nach dem was man
aus Gatschina vernimmt, ist bei allen Angehörigen des Hofes eine große
Niedererschlagenheit bemerkbar.“

Das Letztere wollen wir meinen. Im Uebrigen bedürfen noch manche
Punkte des Berichts der Aufklärung. Wie das sensationslüsternste Ber-
liner „Tagelblatt“ wissen will, habe die Berliner Geseimspolizei ein
Hauptverbrechen an der Signalisirung der Attentäter. Ist dem so, so wer-
den die betreffenden „Beamten“ wegen Landverrats prozessirt zu
werden. Inbezug das Polizeiinteresse geht vor dem politischen, und
jedem handelte es sich ja um Angehörige der goldenen Internatio-
nale. Die bekanntlich immer gute Freunde, liebe Brüder und Vettern so,
wenn auch die ihrer Fürsorge anempfohlenen Völker sich auf ihr Gehalt
gegenseitig zerfleischen.

— Zur Naturgeschichte der herrschenden Korruption. Die
Bermehrung der Friedenspräsenzkräfte bedeutet nicht bloß
eine Stärkung des Militarismus und damit des vornehmsten direk-
ten Machtmittels unserer Gemalthaber — sie vermehrt auch deren in-
direkte Machtmittel, und zwar in sehr beträchtlichem Maße. Wir
wollen das durch ein Beispiel erläutern.

In Sachsen befindet sich ein Städtchen, dessen Bewohner bisher fried-
lich neben einander wohnten und nicht daran dachten, einen andern
Denkenden zu verhaften oder gar zu ächten. Die Wirths gaben ihre
Säle gern zu Versammlungen her, ohne nach der Parteistellung der
Einkäufer zu fragen, und alle Versammlungen nahmen den friedlichsten
Verlauf.

Jetzt auf einmal sind die Wirths bodenständig geworden, und die Mi-
litar brüllen mitunter die Nacht am Rhein, wozu sie früher zu anständig
waren.

Woher dieser Wechsel?
Die Wahlbewegung hat ihn nicht herbeigeführt. Von den
Kriegsältern haben sich nur wenige Spießbürger betheiligen lassen, und die
Gemeindebehörden sind anständige Männer, die auf die Wirths keinen
Gewalt ausgeübt haben.

Der Schlüssel des Räthfels ist:
Besagte Stadt soll aus den neuzugrundenden Truppenheilen eine
Garnison bekommen. Und da will kein Wirth Risiko geben, daß
sein Lokal dem Militär verboten wird, und die Spießbürger schmeißen
im Vorgehens der „Arbeitergroßen“, die sie den Soldaten und Offi-
zieren abnehmen können. —

Und dies Beispiel läßt sich ver Hundertfachen, vertausen
sagen.
Die Armees ist thatsächlich eines der großartigsten Korruptions-
werkzeuge der Neuzeit, und als solches den Machthabern fast
ebenso nützlich wie als Nordwerkzeug.

— Eine vergleichende Kulturstatistik. Während der letzten
Wahlkampagne im Reich der Gottesfurcht und frommen Sittlichkeit ver-
boten: 147 sozialdemokratische Flugblätter und zwei Arbeiterzeitun-
gen; über 2 Orte der Belagerungszustand proklamirt; aus gewissem
etliche Duzend, verhaftet etliche hundert Reichsbürger.

Das ist eine Seite der Rebaillie.

Und nun die andere:
Festschriften zur Feier des bevorstehenden 90. Geburtstages des
allergnädigsten Herrn und Kaisers 378; Gedichte zur Feier desselbigen
Ereignisses in runder Summe 10 Millionen, denn die Schulbücher wer-
den schon auf den Seruilitäts-Bogaus gesetzt; sonstige Kräuherungen
patriotischer Speicheldrüse: unzählige.

Wo ist der Tacitus unseres Jäzaren-Rorastes?

— Dem Reichstag sind die sogenannten „Denkschriften“
über den Belagerungszustand in Stettin und Offen-
bach rechtzeitig zugegangen. Dagegen hat Herr Puttkamer sich nicht
bemüht gefunden, die sogenannten „Denkschriften“ betreffend Ham-
burg-Altona, Berlin und Frankfurt a. M., welche in der
letzten Session in Folge der Auflösung nicht mehr zur Verhandlung
kamen, nochmals vorzulegen. Den Buchstaben des Gesetzes hat Herr
Puttkamer dabei allerdings für sich; denn im Ufer, das Sozialis-
musgesetz unter Dach und Fach zu bringen, bestimmte der Reichstag im
Jahr der Schande 1878, daß ihm von der Verhandlung des „Reinen“
jedesmal „Anzeige“ gemacht werden müsse — und „Anzeige“ ist durch
Vorlegung der Denkschriften in der letzten Session unweifelhaft gemacht.
Und von einer Diskussion oder Debatte der Denkschriften steht
nichts im Sozialisengesetz. Inbezug, wann wäre Herr Puttkamer mit
seiner Sippe je in punkto des Gesetzes Skrupulös gewesen? Wir kennen
unsere Pappenhörner, und wenn sie sich diesmal so gewissenhaft-peda-
gogisch an den Buchstaben des Gesetzes klammern — sie, für die das Ge-
setz sonst bloß da ist, um, wann und wo es ihnen beliebt, mit Füßen
getreten zu werden — so wissen wir sehr genau, daß diese schmeiße-
liche Gesehesachtung bloß der Furcht ihren Ursprung verdankt. Abgelehnt,
wie Herr Puttkamer ist, hat er doch in gewissen, von ihm eingebrockten
Suppen ein Haar gefunden, z. B. in der Fhring-Rahlow-Ge-
schichte, in der Frankfurter Kirchhof-Affäre, und dem letz-
ten Frankfurter Prozeß. Diese drei unangenehmsten Episoden
der Puttkamer'schen Polizeithätigkeit würden aber bei Diskussion der
Denkschriften über Frankfurt und Berlin zur Sprache kommen. Dabei
die Puttkamer'schen Gesetzeskrupel. Sie werden ihren Zweck freilich
nicht erreichen. Unsere Genossen werden den Antrag stellen — die
nötigen Unterchriften sind ihnen gesichert — die in der vorigen Session
nicht erledigten Denkschriften dem Reichstag nochmals vorzulegen. Und
wird die Kamelucken-Mehrheit auch den Antrag natürlich ablehnen, so
bietet die Begründung des Antrags doch die Möglichkeit, jene Putt-
kamer'schen Inzarnien zu greifen.

Die neuen Denkschriften (Offenbach und Stettin) zeichnen sich da-
durch aus, daß auch nicht der leiseste Versuch einer Motivirung gemacht
ist. Es ist die nackte, aus das dürftigste Feigenblatt verzierte Polizei-
wirthschaft. Car tel est notre plaisir. Es hat uns beliebt und damit
Punktum.

— Herr Riquel, das politische Institut, welches durch einen
Bismarck'schen Auszug (die bekannte glückliche Unthätigkeit) aus dem bis-
herigen Nummernzustand wieder in's politische Leben gerufen worden ist
und jetzt im Reichstag sein tadellosüberliches Wesen treibt, hat, wie uns

*) Auch die Andern sind jetzt endlich, wie der „Fr. Zig.“ berichtet
wird, auf freien Fuß gesetzt. Natürlich ohne jede Entschädigung für die
ihnen durch die erlittene Unterdrückungsdurst erwachsenen Verluste.

und geheimen Kommerzienraths Simon (seine Familie). Diefem Dr. Simon gehört die ihrer Willigkeit wegen von den meisten kleinen Leuten gehaltene „Allgemeine Zeitung“. Ferner ist Simon Hauptaktionär bei der konfessionellen „Christlichen Zeitung“, welche an und für sich ein Reprint ist. Drittens ist er im Ausschusse und Besitzer der meisten Aktien der, bis zum Tage der Wahl deutschfreisinnig thuernden „Parteiung der Zeitung“. Gleich am ersten Tage nach der Hauptwahl hatte Dr. Simon eine längere „Unterredung“ mit dem Chefredakteur der „Parteiung“, Dr. Michels, und am selben Tage forderte auch schon das Abendblatt der Zeitung die Deutschfreisinnigen auf, die Kultur und das Vaterland zu retten und deshalb für Hoffmann und gegen Godau zu stimmen. Je näher der Tag der Stichwahl heranrückte, desto schamloser wurden die feilen Solbichreiber des Geldsacks. Vertraulich herumgehende Zirkulare theilten mit, daß Godau wegen Raubverbrechen „gelesen“ habe. Solcher mochten große Plakate diese schauerliche That dem Publikum bekannt. Am Wahltag schrieb die „Allgemeine“ wörtlich: „Sollte aber wirklich noch Jemand sein, dem die Entscheidung schwer fällt, den wollen wir in dieser letzten Stunde noch daran erinnern, daß Schloffer Godau gerichtlich bestraft worden, weil er in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die arbeitenden Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen die Besitzenden öffentlich angereizt hat. Und einem solchen Manne sollte auch nur ein guter Bürger unserer Stadt seine Stimme geben!“

Daß der ganze Wahlfahrt, das ganze städtische Beamtenthum für Hoffmann arbeitete, war selbstverständlich, ebenso that die gesamte Polizeikommission, denn für den neuen Polizeipräsidenten, ehemaligen Landrath, Herrn von Brandt, war dieses die erste günstige Gelegenheit, sich als gesinnungstüchtigen, „energischen“ Beamten hervorzutun. Die Flugblätter wurden zum Theil von der Polizei geflohen, und wenn wir glücklich einen Posten aus der Druckerei herausgeschmuggelt hatten, so wurden die Aussträger verhaftet (einige hat man geknebelt) und die Verbreitung auf jede Weise hintertrieben. Die Namen sämtlicher Zettelvertheiler an den Wahllokalen wurden notirt und was der Scherereien mehr waren. Daß die Hungerpein über jeden, der für Godau eintrat, undarmherzig geschwunden wurde, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden. Hunderte, ja man kann sagen Tausende von Arbeitern gingen ihres Wahlrechts verlustig, weil in den Geschäften einfach tagelanger durchgearbeitet wurde. Vornehmlich thaten sich die großen Getreidefirmen, z. B. K a s t e l l, darin zuvorkommen. Ebenso erhielten die Erdarbeiter an den Forst keine freie Zeit, um ihr Wahlrecht auszuüben.

Den Tag nach der Hauptwahl sollte gegen Godau die Hauptversammlung seiner Agitationsdrohrede wegen stattfinden. Selbstverständlich war der Angeklagte von allen den Strapazen während der Wahl so angegriffen, daß es für ihn ganz unmöglich war, mit regem Geiste einer voraussetzlichen mehrständigen Gerichtsverhandlung beizuwohnen, jedoch genigte dem Staatsanwalt das von Godau's Kräfte eingetragene Attest nicht und wurde sein Gesundheitszustand auf Antrag von einem Stabsphysikus untersucht, welcher aber das erste Attest bestätigte. Auf diese Krankheit fußend, sprangen die Gegner systematisch das Gericht aus, Godau sei todt. Hunderte von Menschen strömten daraufhin nach der Wohnung Godau's, um sich vom Gegenstand zu überzeugen, jedoch durfte unser Genosse während der Zeit bis zur Stichwahl das Zimmer nicht verlassen. Dafür war Kayser aus Dresden gekommen, ebenso trat der aus Stettin ausgewiesene Genosse Berner als Redner energisch in die Agitation ein. Für den Reichsmandatanten Hoffmann waren am Wahltag Hunderte von „freiwilligen“ Zuschauern thätig. Wehe dem Kneipwirth, der auf die Anfrage des Revierschuzmannes, ob er nicht als Vertrauensmann für den Herrn Bürgermeister am Wahltag thätig sein wolle, eine abschlägige Antwort gegeben hätte! Genug, alles was man gegen ihn thun konnte, hat man gethan, und das Resultat? Trotzdem der Freisinn nur zu gern der Parole des Solbichreibers und Gesinnungslumpen Michels folgte und in hellen Häufen in's Lager der Reaktion marschirte, trotzdem alles, alles gegen uns war, hatten wir in der Stichwahl einen Zuwachs von 2293 Stimmen. Das war die Antwort, welche die Königsberger Arbeiter dem Ordnungspack auf all die im Wahlkampf anzuwendende Niedertracht ertheilten.

Dies ist die Situation jetzt vollständig geklärt. Der Rest der Freisinnigen oder Fortschrittspartei, welcher, mit Müller an der Spitze, unter anderen Verhältnissen vielleicht doch noch eine gewisse Zeit lang eine dominierende Rolle gespielt hätte, ist weggefallen. Wer ehrlich ist, muß Sozialdemokrat werden, und die übrigbleibenden Lumpen gehen hin, wohin sie gehören: zum Ordnungspack!

In der Provinz regt es sich ebenfalls. Elbing und Marienburg speziell, in welchem Kreise Godau bei drei abgehaltenen Versammlungen und einer mit sehr geringen Mitteln und Kräften speziell von Elbinger Genossen betriebenen Agitation gleich im ersten Anlauf 2144 Stimmen erhalten hat, verspricht zum nächsten Mal dem Gegner ebenfalls viel zu schaffen zu machen. Es geht denn überall so vorwärts. Deshalb rufen auch wir Königsberger den Genossen überallher im Reich zu: Vorwärts und Glückauf zur weiteren Agitation zur Ausbreitung unserer Idee. Doch lebe die Sozialdemokratie!

Spandan. Anknüpfend an den Artikel des „Sozialdemokrat“ in Nr. 42 des vorigen Jahres über die Zustände in der hiesigen königlichen (d. h. staatlichen) Gewerkschaft, sei noch folgendes hervorzuheben. Direktion und Meister wirtschaften nach Herzenslust. Die von der Gewerkschaft zur Rekrutierung der Arbeiter ausgehenden 3000 Mark waren, wie es in den Zeitungsberichten hieß, von der Direktion zur Landpartie und Sedanfeier gezeichnet, d. h. von dem ihr zu Gebote stehenden Etat genommen, in Wirklichkeit aber mit eingerechnet bei den 5000 Mark für unvorhergesehene Ausgaben, wie sich bei Abschluß der Kranken- und Invalidenklasse herausstellte und was auch von zuverlässiger Seite bestätigt wurde. Dieser Jahresabschluß war überhaupt recht legerlich. Die Versammlung findet bei solcher Gelegenheit in völlig ungehörigem Raume unter Vorhitz eines Leutenants statt, der ebenso wie seine massenhafte in der Fabrik herumlungelnden „Kollegen“, als da sind: Direktor, Subdirektor, Oberlieutenant und Hauptmann, Premierlieutenant, nebst einem Schod von Sergeanten und Unteroffizieren etc., von den Arbeitergroßen der Fabrik zum „Trajektum“ einen größeren oder kleineren Zuschuß bekommt, während ein Invalid, der 30 Jahre lang in der Fabrik thätig war und ebenso lange außer 6 R. Gehaltsbezug alle 14 Tage 78 Pfg. Pensionzuschuß gehabt hat, sage und schreibe ganze 24 R. monatlich Hungergeld bekommt. Siedentausend und einige hundert Mark waren eingekommen durch eine Biersteuer, welche die Bäckerin der zur Fabrik gehörigen Kantine in der Zeit von ungefähr April bis September 1886, also in noch nicht einem halben Jahre, entrichtet hat. Vorher hatte die Bäckerin, Frau G h l e, eine frühere Kellnerin, jährlich nur eine Rente von 50 Thalern bezogen. Inzwischen die Herren Offiziere haben ja ein empfindliches Gemüth, und Sinn für liebevolles Entgegenkommen, und Frau G h l e ist nicht häßlich; so hat sie sich denn jetzt mit enormem Vermögen vom Geschäft in ihre Villa zurückgezogen. Arbeit bringt Segen! Jetzt hat ein Feldwebel — natürlich! — die Kneipe bekommen, der in spätestens acht Jahren ebenfalls ein reicher Mann ist, statt das man dieselbe durch einen zuverlässigen Mann verwalten ließe und den Ueberflus für die Invaliden oder sonst für einen guten Zweck verwendete. Inzwischen die arme Direktion ist ja schon ohne alles mit Geschäften überhäuft, und es ist ja auch Schuld der Arbeiter, daß sie eine beratende Institution nicht anregen, da ja alle an der Verwaltung der Fabrik theilhaftig sind. Diese Theilhaftigkeit besteht darin, daß die Arbeiter entweder, wie schon oben erwähnt, zwischen den Trajektanten des Drehsaals oder gar unter freiem Himmel zusammengelassen werden, wo nur die vorderen etwas, die hinteren aber gar nichts verdienen. Man hört nur recht hohe Zahlen, worunter Dotationen an die Inhaber von Ehrenämtern bei der Kasse, die von der Direktion vorgeschlagen werden und gewandt sind, nachdem von dem Leiter der Versammlung gefragt, ob jemand etwas dagegen einzuwenden habe; was selbstverständlich nie der Fall, da Niemand Lust hat, seine Stelle zu verlieren.

Direktion und Meister gehen natürlich Hand in Hand und wirtschaften nach Kräften in ihren Geldbeutel. Bis Februar 1886 mußte man sich Lampe und Petroleum mitbringen. Dann wurde Gas eingerichtet und dem Arbeiter hierfür im Anlaufe nach Bedarf von dem einen Meister, Barthold mit Namen — der größte Schuft mit aus der Fabrik — 7 Mark per Monat und Monat, von den andern mehr oder weniger abgezogen. Die Kontrolle des Meisters ist sehr schwer, da seine Leute weder Lohnbuch noch Zettel bekommen. Da nun in Folge der Nachlässigkeit an einer Flamme für einen Schraubstock zwei Mann jeder

mit 7 Mark per Monat theilhaftig sind, brachte eine Flamme 14 Mark den Monat ein. Nach einiger Zeit hieß es, jetzt wird von der Arbeit abgezogen und Gas wird nicht bezahlt. Trotzdem wurde noch 1 Mark bis 3.50 Mark bezahlt, und nachdem allmählich das Gasgeld wieder bis 5.50 Mark gestiegen, wiederholte sich dasselbe Spiel. Größere oder kleinere Spitzbuben sind fast sämtliche Meister mit ihrem Kolonnenführern. Der Ausschuss wird den Arbeitern höchst reichlich abgezogen, während derselbe zu Instruktionsgewehren verwendet und den Meistern bezahlt wird. Da nun nur die völlig fertige, von der Revision genehmigte Arbeit bezahlt wird, so benutzen dies die Herren Schilling, Barthold und Andere, unter Beihilfe ihrer Kolonnenführer und Arbeiter, dazu, ihre Leute um den Lohn ihres Schweißes zu betrügen. Außer dem Kommunegeld der Kolonnenführer mit den Meistern betreiben Erstere noch andere einträgliche Geschäfte, da sie mit durchschnittlich 80—70 Thalern monatlich nicht bestehen können. Infolge ihres Einflusses drehen sie ihren Arbeitern Uhren, Ringe, schöne Zigarren, Feuer- und andere Versicherungen an. Dabei sind sie natürlich gegen ihre Untergebenen brutal, gegen ihre Vorgesetzten kriegerisch, Sprüchelwörter und Demüthigungen. Inzwischen darf man sich darüber eigentlich nicht wundern, einer steht vom andern, und wird das System ja in der Gewerkschaft, wie überhaupt im preussischen Arbeiterstand, von oben her förmlich gesichert.

Vor einigen Tagen fand Nachmittags die Maschine früher wie gewöhnlich. Einige Arbeiter jubelten vor Freude, für den Rest des Tages aus der Fabrik, umgebenen Luft zu kommen. (Ventilation ist ja für den Arbeiter zu schade und kostspielig: stich, du Hund, von deiner Sorte gibt es mehr.) Da trat aber sofort von den grade anwesenden Offizieren der Hauptmann heran, winkte gebieterisch einen der Arbeiter herbei, der bei allen seinen Kollegen beliebt ist, und herrschte ihn an, die „Schreier“ zu nennen, und als er erklärte, dies nicht zu können, da er mit dem Rücken nach den „Nebelthürern“ gemeldet angekreuzt gearbeitet habe, so verdonnerte der Hauptmann ihn und die 27 Mann aus derselben Ecke zu je 3 Mark Strafe. Da der Betreffende unglücklich war, so weigerte er sich jedoch zu bezahlen und seine Kollegen zu nennen, denn etwas mehr Anstandsgefühl hätte dem Herrn Hauptmann selbst gesagt, daß ein Arbeiter seine Kollegen nicht verrät.

Natürlich sind unter den Herren der Direktion und Meister auch vernünftige Leute wie z. B. Meister B. Um die Wahlen zu beeinflussen oder aus Brähleri Löhnte er sich zu einigen Arbeitern aus Berlin, als diese sich ihm gegenüber in einer Angelegenheit rechtfertigten: „Aha! Ihr seid auch aus dem letzten Wahlkreis, Ihr seid Röhre, Korkoffen und Salz eßt Ihr schon, aber Ihr kommt nicht zur Erkenntnis.“ Das ist nun wohl weit vordereingeschoben, selbst unsere Spandauer lernen einsehen, was ihnen Noth thut. Hier am Orte hat sich die Stimmenzahl der Sozialdemokraten gegenüber 1884, wie überhaupt im Potsdam-Osthavelländischen Kreise, verzeichnet. Auch bei uns nicht die Unterdrückung der politischen Meinung und des Denkens überhaupt, wie es die königlichen Fabriken mit Gewaltmaßregeln anstreben, nicht mehr. So wurde einem Mann gefänglich, der 31 Jahre in der Fabrik und notorisch liberal ist. 30 Arbeiter aus dem 4. und 6. Berliner Wahlkreise oder sonst gesinnungstüchtige Leute wurden in der Gewerkschaft sowie in den übrigen königlichen Werksstätten direkt und indirekt entlassen. Inzwischen jaget nur fort, Ihr werdet zu spät sehen, wenn Ihr am meisten geschadet. Wir wünschen nur, daß die Stimmenzahl der Kasseklarten so im Wachsen bleibe wie seit kurzer Zeit. Es lebe, blühe und wache die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Sinnich, 28. Februar. Wahlergebnis vom 21. Februar im Wahlkreis Dören-Jülich:

Abgegebene Stimmen	21,628
ungültig erklärt	29
Rest	21,599

Davon erzielten Stimmen:

Regierungsrath Alfred Graf von Hompesch (Zentrum)	19,670
Jungblut (Septennatlandat)	1,714
Kug. Bebel (Sozialdemokrat)	178

Rest zerstückelt.

Bei der letzten Wahl hatte Bebel 8 Stimmen!

Es geht auch hier vorwärts.

Wahlkreis Darmstadt-Groß Geran. Hier ging es bei der Wahlkampagne recht bunt zu; nie haben wir den Polizeiapparat in Stadt und Land so funktionieren gesehen, aber auch noch niemals haben die Gegner mit so niederträchtigen Mitteln gearbeitet als diesmal, und dies obenbreiten unter der Protektion der Regierung. Leider war aber zugleich hier nie die Zahl der kampfesmutigen Genossen so zusammengekrumpft, und in Offenbach hat der „Ariete“ seine Schuldigkeit thun müssen, und in Darmstadt die Polizeiwärter. Die Wirtschaftskontrollanten der Genossen Müller und Gramer waren während der Wahlkampagne von Polizeiführern vollständig belagert; besonders in der Wirtschaft Müller's benahm sich die Polizei mehr wie fesselhaft. Der Bezirksoffizier Hoffer d'arkh stürzte täglich wohl fünf- bis sechsmal durch das Gassengerüst, sah den Gassen frech in's Gesicht, und die, welche er nicht kannte, mußten sich legitimieren oder ihm aufs Polizeirevier folgen. Eine diesbezügliche rechtsanmündliche Beschwerde wurde mit einer nichtsagenden Antwort abgewiesen.

Genosse L i e b n e c h t, der uns kurz vor der Wahl einen Besuch abstattete, hatte sich derselben Lieblosigkeit zu erfreuen, doch legitimirte er sich nicht, sondern folgte dem Polizeiführer auf Hauptpolizeiamt und da er dort den Polizeidirektor nicht sprechen konnte, überhandte er demselben eine kräftige Beschwerde. Aber auch diese blieb erfolglos. Erst am 21. Februar Nachmittags, als der arthartige Sieg der Nationalliberalen besiegelt war, änderte sich der Zustand. Die besten Genossen hatten sich schon während der Wahlzeit in der Fabrik entfernt, die sich hier niedergelassen hatten, und deren Röhre uns in der Agitation sehr noth that, wurden nach kurzer Thätigkeit verhaftet. Der eine, K a p p, behufs Strafverbüßung, der andere, G r i m p e, unter der Beschuldigung, Verfasser des zweiten Wahlflugblattes zu sein, wegen dessen obenbreiten ein Prozeß gegen 31 Personen erhoben ist.

Auf dem Lande wiederum hatten die Bürgermeister dafür gesorgt, daß kein Lokal zur Verfügung stand. Eine Rassenauswahlung in der Stadt und auf dem Lande hatte ihren Einfluß auch nicht verfehlt. Unsere Stimmzettler wurden fast überall von den Wahllokalen weggejagt und bei der Wahlhandlung die frechten Umtriebe verübt. Dabei haben die Nationalliberalen bei verschlossenen Thüren gehetzt, geschimpft und gelogen. Wo sich ein Genosse in ihren Versammlungen bilden ließ, wurde er hinausgemorfen. So wurde der harmloseste Landmann zum verächtlichen Sozialistenverfechter aufgedreht; Wahlbeeinflussungen und Stimmenkauf wurden auf offener Straße getrieben. In R i e s s e i m, in der Obel'schen Röhrenfabrik, tief man die Arbeiter aufs Komptoir, wo man sie aufforderte, einen nationalliberalen Wahlausruf zu unterzeichnen. Dreihig, die sich weigerten, wurde sofort gekündigt. In mindestens vier Fällen wurden die Arbeiter, mit Urtheilsettel versehen, zur Wahlurne getrieben.

In P f u n g s t a d t, dem Wohnort des nationalliberalen Strohmanns, hatten wir am 15. Februar eine Versammlung einkerkelt, die auch von den Anhängern der Kandidatur W a l l e r zahlreich besucht war; wir mußten jedoch von der weiteren Abhaltung der Versammlung absehen, um nicht ein kleines Stettin herauszubekommen. Es hatten sich nämlich vor dem Versammlungstafel ein großer Haufen „Beisitzer“ — es gab den ganzen Tag Freiber in der Brauerei des Herrn Ulrich — meistens Brauerknechte des Herrn Ulrich, eingefunden und drozten, mit Anspornen bewaffnet, die Versammlung zu sprengen. Daher die Stimmenzahl: 768 für Ulrich und 119 für Waller. Doch das war hoffentlich der letzte Trumpf, den die Reaktion ausgespielt hat. Wir werden bei diesem Reichstag nicht protestieren, obwohl wir schon genügend Material in Händen haben, aber wir werden uns zu rächen wissen.

Wir theilen die Freude über das Stimmenergebnis im Allgemeinen. Eine ganz besondere Genugthuung ist es uns, daß wir das kriminelle Flugblatt trotz der arthartigen Ueberwachung in 20,000 Exemplaren im ganzen Wahlkreise vertrieben hatten, bevor die heilige Hermandad dahinter kam. Nicht umsonst ist der Staatsanwalt über seine Leute so wüthend.

Wir haben nun leider gegen das vorige Mal einen Rückgang von 800 Stimmen zu verzeichnen. Doch liegt dies, wie die Genossen aus Vorstehendem ersehen, nicht daran, daß wir nicht jeder voll und ganz

gehen, was in unsern Kräften steht. Es fehlten uns aber nicht nur einige tüchtige Genossen, die theils abgereist, theils inzwischen gestorben sind, sondern es ist uns auch in der Person unsern inhaftirten Kandidaten Genosse Müller eine bedeutende Kraft entzogen gewesen. Freilich muß auch konstatiert werden, daß sich einige, sonst tüchtige Genossen diesmal in den Schmelzwinkel zurückgezogen haben. Doch das ist vorübergehend, wir werden die Scharte schon wieder ausweken. 5-5-1

Chicago, 23. Februar. Ein dreifach donnerndes Hurrah den braven deutschen Sozialisten, und ein dreifach donnerndes Hurrah der Solidarität der Arbeiter aller Länder! Brüder, steht fest im Vordertreffen, wir stehen in geschlossenem Kolonnen hinter Euch.

Im Auftrage
der am 22. Februar in Jeps's Halle stattgefundenen Volksversammlung:
E. F. Hoffmann, Sekretär.

Sprechsaal.

München, im März 1887.

Ein Rath. G h l e n, früher angeblich Weiswaaengehäftsinhabes hier, Theresienstr. 146/1, hat sich kürzlich in Bern auf und berufen, und will von hier aus politische Gründen geschlossen sein. Der Mann ist uns gänzlich fremd, seine sonstigen Angaben beruhen auf Schwindel, womit er Geld erlangen will. Wir warnen vor ihm. Die Münchner Genossen.
NB. Von Bern ist G h l e n spurlos verduftet.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Alle Arbeiterblätter werden gebeten, unserem amerikanischen Partelorgan, dem „Sozialist“, 172 Fifth Avenue, New-York City, ein Exemplar zukommen zu lassen.

Briefkasten

der Redaktion: Einwendungen etc. sind eingetroffen aus Celle, Forst 1/2, Halle, Mainz, Rerfeldburg — Gracitus: Eine beratende Verpflichtung existirt nicht, das Reichswahlgesetz weiß weder von anerkannten Parteien noch von deren Kandidaten etwas.

der Expedition: Hansen: Nr. 128 f. Schft. erh. Gedr. gutg. — K. K. Schft. Nr. 610 f. Schft. R. erh. — F. Th. Gauz Bred: Nr. 4 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. Nachfr. komplet abg. — Der arme Conrad: Nr. 70 — a Sto Schft. etc. erh. Bllg. folgt. Alles unterweg. — Rorgentoth R.: Nr. 50 — a Sto Ab. erh. — T. Mann Stdt.: Nr. 50 — a Sto Ab. etc. erh. Dr. u. Bllg. notirt. — Ber. rina: Nr. v. 18/3. hier. Abr. geordn. Weiteres demächst. — F. Sch. Rarfa: Nr. 250 Ab. 1/3—1/6. erh. — Bindam: Nr. 10 — a Sto Ab. Bum 87 erh. u. Kam geordn. Grüße allezeit! — 2. 1865 Dptg.: Nr. — 75 f. Schft. erh. 95 Gts. retourirt. — K. K. Schft. Nr. 650 Ab. 2. Du. erh. — Schwalbe: Nr. 12 — Ab. Kon. u. De. Nr. 100 — a Sto Ab. erh. Bllg. etc. folgt. Lepis länger unterwegs. — Dtsch. Ber. Bern S.: Nr. 2950 Ab. 4. Du. u. Schft. erh. — E. S. G. Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. Weil besorgt. — F. Sch. Df.: Nr. 8 — f. Schft. erh. Weiteres später. — Berain Vorwärts Buenos-Aires: Nr. 220 — f. b. Dptg. Dptg. u. Nr. 154 — pr. Ufbs. dtd. erh. Dltg. in Nr. 11 somit erledigt. Signaturtes angenehm. — K. Lg. Dptg. o. S.: Nr. 440 Ab. 2. Du. u. 60 Pf. pr. Ufbs. dtd. erh. — A. S. Rtg.: Nr. 250 f. Schft. erh. Sdg. abg. — Weibier mit Gierungen: Nr. 2 — Ab. Nr. 1. Du. erh. Prost! — Von einem verführten P. Gen.: Nr. 1 — pr. Ufbs. dtd. erh. — Nachtrag: Alles sofort nach Bllg. besorgt. Berichtigung in Zwischenhand mitunter unvoemel. Dank für Beizhies. — G. R. S. S.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. Warum extra! — R. R. in R.: Nr. 20 — pr. Ab. 87 erh. Dierson Nr. 360 pr. L. Du. 88 gutgebr. — Der Alte Lg.: Nr. 30 — a Sto Ab. etc. erh. Abr. geordn. — Dr. Clemm: Nr. 100 — a Sto Ab. etc. erh. Abr. notirt. Bll. mehr. — G. R. S. S.: Nr. 440 Ab. 2. Du. pr. Dptg. erh. — P. G. Bll.: Nr. 2 — Ab. 2. Du. erh. — Zürich Schützenhausberf.: Nr. 110 f. Schft. erh. — Warat: Eingetroffenes v. 21/3. besorgt. — Wahrer Jakob: Nr. 18 — a Sto Ab. 1. Du. etc. erh. Abr. geordn. — Beetebub: Nr. 460 Ab. 2. Du. u. Portocf. erh. — 2. Sch. Dtd.: Nr. 440 Ab. 2. Du. u. Nr. — 60 pr. Rfd. dtd. erh. — A. K. Rtd.: Ber. Jug.: Nr. 1050 a Sto Ab. 1. Du. etc. erh. — Schwab. Hans: Nr. 570 Ab. 1. Du. u. Schft., sowie Nr. 2 — pr. Ufbs. dtd. erh. — D. P. R. V. R. a. Rtd.: Nr. 440 Ab. 2. Du. erh. — Vater Platzbus: Dwtl. 278 Ab. 2. Du. S. u. R. u. R. erh. — Kofrod: Nr. 100 — pr. Ufbs. dtd. erh. — Knurrhahn: Bll. dtd. erh. Bllg. folgt. Weiteres unterwegs. — R. L. J.: Nr. 2 — a Sto Ab. erh.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Preßstimmen über das Freiburger Urtheil

wider die Angeklagten Kuer, Bebel, Dietz, Fröhlich, Heingel, Müller, Ulrich, Sterck und Bollmar.

Preis: 50 Pf. (75 Gts.) Porto extra.

Zahlreichen Bestellungen setzen entgegen

Verhandlung und Expedition des „Sozialdemokrat“

Stuttgart-Zürich.

Zürich Samstag, den 26. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Rutter (früher „Weißes Köhli“) an der Schifflands 1. Etage.

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Anträge zur Konferenz und Delegirtenwahl.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlich ein

Der Lokalausschuß.

Die zur Aufnahme Angemeldeten sind hierdurch zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Zur Beachtung.

Wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ohnehin nicht geeignet ist, die Hoffnungen, mit denen Mancher sein Ziel nach Frankreich richtet, zu erfüllen, so möchten wir besonders diejenigen warnen, welche als Fanatiker sind. In allen Fällen empfehlen wir Jedem, sich vorher schriftlich an uns zu wenden.

Deutscher sozialdemokratischer Beseclub in Paris
76 rue François Miron:

Die Geschäftskommission.

NB. Die öffentlichen Versammlungen finden jeden Samstag Abends 9 Uhr statt.

Zutritt für Jedermann.

Paris Der Skandinavische Les- und Diskussionsverein Paris hat sein Lokal: Café da Danemark, rue St. Honoré (vis-a-vis des Magasins du Louvre).

Blätter von schwedischer Sprache werden da selbst zu jeder Zeit aus. Jeden Montag Abends 9 Uhr öffentlich: Versammlung mit Vortrag und Diskussion.

Gratis-Unterricht in Sprachen und verschiedenen anderen Fächern wird da selbst erteilt, ebenso selbst Rath und Auskunft.